



**Tagesordnung für die 6. öffentliche Sitzung des
Personal- und Organisationsausschusses
in der Wahlperiode 2023/2027 am 30.09.2024**

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 18.06.2024	26/2024
3	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 30.09.2024	27/2024
4	Vorlagen/Vorträge	
4.1	Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2024)	28/2024
4.2	Anerkennung von 1,277 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für die Schulsozialarbeit an gymnasialen Oberstufen	29/2024-1
4.3	Anerkennung eines 0,6 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Kinderpfleger:innen für den Bereich Wahrnehmung und Entwicklung an Schulen	30/2024
4.4	Anerkennung von 4,87 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen Lehrmeister:innen für das Schulamt	31/2024-1
4.5	Anerkennung von 1,03 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen Geschäftszimmerangestellte an Schulen	32/2024
4.6	Verlängerung eines 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes Projektleitung Hafentunnel	33/2024

4.7	Sachstandsbericht zum Projekt "Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt	34/2024
5	Anträge	
6	Anfragen	
7	Mitteilungen	
8	Verschiedenes	

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 26/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 18.06.2024

Die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 18.06.2024 ist zu genehmigen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Entwurf der Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung



N i e d e r s c h r i f t

über die 5. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 18.06.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:09 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Steinbach
Frau Stadtverordnete von Twistern

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Coordes

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB (ab 16:05 Uhr)

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Baltrusch
Frau Stadtverordnete Kargoscha

Schriftführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Jacob, Magistratskanzlei
Herr Jochim, BIT
Frau Busch-Cole, BIT
Herr Raether, Amt 14

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Kieck
Herr Schildt
Herr Zager

Herr Grantz begrüßt die Anwesenden und informiert über die für die heutige Sitzung entschuldigten Mitglieder. Weiter stellt er fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt. Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es für die heutige Sitzung eine Tischvorlage (Nr. 25/2024) mit den Sitzungsterminen für das Jahr 2025 gibt. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, dass die Tischvorlage als TOP 4.10 auf die Tagesordnung gesetzt wird.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2024 **14/2024**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Frau Steinbach)

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GÖStV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GÖStV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 18.06.2024 **16/2024**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Haushaltsabschluss 2023 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus **13/2024**

und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1)

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse des Ausschussbereiches 1 auf der Grundlage des 14. Monats 2023 zur Kenntnis.

4.2. Digitalisierung der Stadtverwaltung hier: Erfolgreicher Abschluss von Schlüsselprojekten 15/2024

Wortmeldungen: Frau Kirschstein-Klingner, Herr Polansky

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht über den erfolgreichen Abschluss von Schlüsselprojekten der Digitalisierung der Stadtverwaltung zur Kenntnis.

4.3. Anerkennung eines 0,23 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung 17/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,23 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2027, für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.4. Verlängerung des 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik 18/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Verlängerung des 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik über den 31.08.2024 hinaus, bis zum 31.08.2025.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.5. Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt, Abteilung „Sonstige Hilfen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“ 19/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), entsprechend der vorhandenen Sachbearbeiter:innenstellen) befristet bis zum 31.12.2026 für das Sozialamt, Abschnitt „Sonstige Leistungen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.6. Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildung- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen 20/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet

bis zum 31.12.2026, zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildungs- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.7. Anerkennung von zusätzlichen 3,6 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen 21/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung durch das Land Bremen, 3,6 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für erzieherisches Personal (Entgeltgruppe S 4 - S 8b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.8. Anerkennung eines 0,625 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung "Organisation/Stellenbewertung" des Personalamtes 22/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt einen 0,625 überplanmäßig anerkannten Bedarf (Besoldungsgruppe A 11 BremBesO), befristet für die Dauer von 2 Jahren ab Besetzung, für die Abteilung „Organisation/Stellenbewertung“ des Personalamtes zum Abbau der Bearbeitungsrückstände im Bereich der Stellenbewertungsanträge der Beschäftigten des Magistrats.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz)

4.9. Anerkennung von 3,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung des Projektes "Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt 23/2024

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Tiedemann

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt für das Sozialamt 3,5 überplanmäßige Bedarfe für den Zeitraum vom 01.12.2024 bis 31.12.2028 zur Umsetzung des Projektes „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Förderung der Personalkosten durch das Bundesprogramm EhAP-Plus sowie der abschließenden Klärung der zwischen dem Personalamt und dem Sozialamt noch offenen organisatorischen Fragestellungen bis zum Projektstart.

Das Personalamt wird gebeten, den Personal- und Organisationsausschuss in seiner nächsten Sitzung über den Sachstand bezüglich der Bewilligung der Fördermittel sowie die Details zu den überplanmäßigen Bedarfen (organisatorische Anbindung, Qualifikationen) mittels Vorlage zu informieren.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Herr Jürgewitz, Frau Tiedemann)

4.10. Sitzungstermine des Personal- und Organisationsausschusses und des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) für das Jahr 2025 - TISCHVORLAGE 25/2024

Der Personal- und Organisationsausschuss und der Betriebsausschuss des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) nehmen von der Terminplanung für das Jahr 2025 Kenntnis.

- 5. **Anträge**
- 6. **Anfragen**
- 7. **Mitteilungen**
- 8. **Verschiedenes**

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Adomeit
Schriftführer

Entwurf

Vorlage Nr. 27/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 30.09.2024

Der Ausschussvorsitzende des Personal- und Organisationsausschusses hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	21.09.2022	53/2022 Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien hier: Energieberater:innen für die Implementierung und Aufrechterhaltung eines Energiemanagementsystems für kommunale Liegenschaften	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	1,0 Stelle: Auswahl erfolgt, 1,0 Stelle: neue Stellenbeschreibung in der Abstimmung
2	21.02.2023	9/2023 Anerkennung von 2,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen im Rahmen der Ausweitung der Erstaufnahme von unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kindern und Jugendlichen (umA) in Bremerhaven - TISCHVORLAGE	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Mit Inkrafttreten des Haushaltes 2024 gegenstandslos
3	17.04.2023	32/2023 Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes für die Verwaltung der Feuerwehr	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Umsetzung erfolgt nach Rückmeldung aus dem Fachamt
4	17.04.2023	35/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs „Koordination Schulverpflegung“ und eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs „Ausschreibung Schulverpflegung“ in der Abteilung „Haushalt und	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	1,0 besetzt; 0,5 Ausschreibung in der Vorbereitung

		Schulbetrieb“, Sachgebiet „Schulbetrieb“ des Schulamtes				
5	17.04.2023	37/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Geschäftsstelle des Bremerhavener Migrationsrates - Sozialreferat	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Im Ausschreibungsverfahren
6	17.04.2023	39/2023 Anerkennung eines 1,0 befristet überplanmäßigen Bedarfes Migrationsbeauftragte:r, eines 1,0 befristet überplanmäßigen Bedarfes Veranstaltungsmanager:in und eines 1,0 unbefristet überplanmäßigen Bedarfes Arbeitsvermittler:in (Ü 25) für das Jobcenter Bremerhaven	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	1,0 Verantst.manager:in: Besetzung durch die BA 1,0 Arbeitsvermittler: kein Beschluss der Trägerversammlung 1,0 Migrationsbeauftragte:r: im Ausschreibungsverfahren
7	17.04.2023	41/2023 Anerkennung von üpl. Bedarfen verschiedener Ämter zur Umsetzung der sog. Fastlane-Maßnahmen als Ausfluss der Klimastrategie 2038 des Landes Bremen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	14,0 Stellen besetzt bzw. Auswahl erfolgt; weitere Verfahren ausgesetzt
8	26.09.2023	50/2023 Anerkennung eines befristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarfs Medienpädagog:in /Sozialpädagog:in und eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfs Verwaltungsfachangestellte:r für die Dauer von zwei Jahren für das	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Nach Auskunft des Schulamtes werden für das Projekt keine Drittmittel zur Verfügung gestellt. Der Beschluss ist daher gegenstandslos.

		Projekt „Digitale Selbstverteidigung von Mädchen“				
9	26.09.2023	56/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Koordination der Vorbereitungen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern und Schulstandortplanung im Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Stellenbeschreibung in der Abstimmung
10	26.09.2023	63/2023 Anerkennung eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes „IT-Support für Grundschulen“ für die Abteilung Medienzentrums des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
11	26.09.2023	69/2023 Anerkennung eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes "Datenverarbeitung und Controlling" für das Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
12	26.09.2023	45/2023 Bewilligung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes „Sachbearbeitung Stipendiat:innen, Werkstudierende u. a.“ für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Stellenbeschreibung in der Abstimmung
13	26.09.2023	67/2023	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Verfahren ausgesetzt

		Anerkennung von üpl. Bedarfen für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien und das Amt für Straßen- und Brückenbau zur Umsetzung der Fastlane-Maßnahmen im Zusammenhang mit Klimastrategie 2038 des Landes Bremen				
14	26.09.2023	65/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs "Zentralredaktion bremerhaven.de" sowie von 1,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Content Creator:in Social Media" für die Magistratskanzlei	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Content Creator: Besetzung erfolgt Zentralredaktion: Auswahl erfolgt, Besetzung zum 01.11.
15	26.09.2023	55/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Jugendbildungsreferent:in queere Jugendarbeit für die Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
16	26.09.2023	75/2023 Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Überprüfung der Raumbedarfe beim Magistrat der Stadt Bremerhaven"	beschlossen	Magistratskanzlei	In Bearbeitung	Vorlage erfolgt für die Sitzung am 16.12.24
17	05.12.2023	47/2023 Bewilligung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Bewertung ausstehend

		„Referent:in Schulbau“ für das Schulamt				
18	05.12.2023	52/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Stadtbibliothek Bremerhaven hier: Zentralbibliothek	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Im Ausschreibungsverfahren
19	05.12.2023	54/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Unterstützung Bremerhavener Kulturträger für das Kulturamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
20	05.12.2023	77/2023 Anerkennung von 1,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen „IT-Support für Grundschulen“ für die Abteilung Medienzentrums des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
21	05.12.2023	81/2023 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft für die Atemschutzwerkstatt der Feuerwehr Bremerhaven	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
22	05.12.2023	84/2023 Anerkennung eines 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für das	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Finanzierung aus Drittmitteln zurzeit nicht gesichert; weiteres Verfahren i. d. Abstimmung

		Gesundheitsamt im Rahmen des Projektes „Gesundheitsfachkräfte an Schulen“				
23	30.01.2024	2/2024 Anerkennung von 2,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen „Sozialarbeiter:innen Obdachlosenhilfe“ für das Sozialamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Ausschreibung in Vorbereitung
24	11.03.2024	9/2024 Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Lehrmeister:innen für das Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	4,0 Stellen besetzt 1,0 Stelle im Ausschreibungsverfahren
25	11.03.2024	10/2024 Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Berufscoach" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung
26	18.06.2024	17/2024 Anerkennung eines 0,23 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
27	18.06.2024	18/2024 Verlängerung des 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt

		zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik				
28	18.06.2024	19/2024 Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt, Abteilung „Sonstige Hilfen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
29	18.06.2024	20/2024 Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildung- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Im Ausschreibungsverfahren
30	18.06.2024	21/2024 Anerkennung von zusätzlichen 3,6 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n teilweise besetzt; weitere sukzessive Stellenbesetzung in der Umsetzung
31	18.06.2024	22/2024 Anerkennung eines 0,625 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung "Organisation/Stellenbewertung" des Personalamtes	beschlossen	I/Personalamt - Beamtenabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Ausschreibung erforderlich, ist in Vorbereitung
32	18.06.2024	23/2024 Anerkennung von 3,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung des Projektes "Verringerung	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	siehe gesonderte Vorlage zum Projekt

		von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt				
--	--	--	--	--	--	--

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

Vorlage Nr. 28/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

**Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG)
hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2024)**

A Problem

Der Magistrat (Vorlage I/ 243/2023) sowie der Personal- und Organisationsausschuss (Vorlage 85/ 2023) haben die Umsetzungsstrategie zum Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen und um eine halbjährliche Berichterstattung gebeten.

B Lösung

Die Magistratskanzlei (Digitalisierungsbüro) hat den in der Anlage beigefügten 2. Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (Stand 08/2024) erstellt.

C Alternativen

keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Die Berichterstattung hat keine finanziellen Auswirkungen.

Der Beschlussvorschlag hat keine personalwirtschaftlichen und somit auch keine räumlichen Auswirkungen. Ferner wirkt sich der Beschlussvorschlag nicht auf die Geschlechtergerechtigkeit aus und hat gleichermaßen keine Auswirkung auf die Klimarelevanz. Eine besondere Betroffenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nicht ersichtlich. Besondere Belange der Menschen mit Behinderung oder des Sports sowie eine besondere Betroffenheit eines Stadtteils oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sind nicht zu erkennen.

E Beteiligung/Abstimmung

keine

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2024) zur Kenntnis.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2024)

SEESTADT BREMERHAVEN



2. Bericht zum Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Stadtverwaltung

Stand August 2024

Impressum:

Magistrat der Stadt Bremerhaven,
vertreten durch den Oberbürgermeister Melf Grantz
Postfach 21 03 60
27524 Bremerhaven

Hausanschrift Verwaltungszentrum (Stadthäuser 1 - 6):
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven

Telefon: 0471 590-0
E-Mail: Stadtverwaltung at magistrat.bremerhaven.de

Verantwortliche Dienststelle:

Magistratskanzlei
Hinrich-Schmalfeldt-Straße 42, 27576 Bremerhaven

Lizenz:



Die Texte dieser Publikation stehen grundsätzlich unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 (CC BY-NC-ND 3.0)“.

Vorbemerkung

Der Magistrat (Vorlage I/ 243/2023) und der Personal- und Organisationsausschuss (Vorlage 85/2023) haben die Umsetzungsstrategie zum Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen und um eine halbjährliche Berichterstattung gebeten.

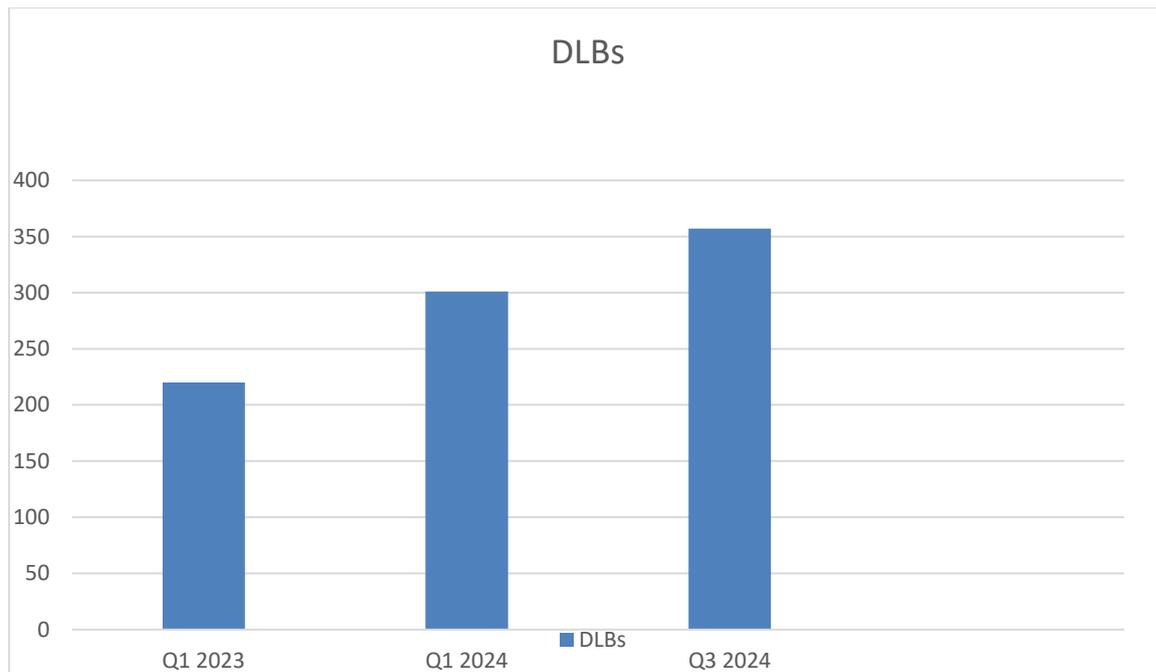
Im ersten Bericht zum Stand der Umsetzung hat das Digitalisierungsbüro der Magistratskanzlei den Grad der Erreichung dargelegt, wozu im Wesentlichen die Identifizierung und Beschreibung von analogen Verwaltungsleistungen sowie die Digitalisierung dieser Leistungen zählten. Diese Arbeit ist die Basis der angestrebten digitalen Transformation der Stadtverwaltung. Mit wenigen Ausnahmen von Organisationseinheiten, die im überwiegenden Maße mit Querschnittsaufgaben betraut sind, ist dieser Prozess nahezu in allen Bereichen angekommen. Eine Schwierigkeit dabei ist weiterhin die personelle Ressource, da eine solche Transformation neben der eigentlichen Aufgabenerledigung gelingen soll.

Das Onlinezugangsgesetz vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 245) geändert worden ist, schafft den Rahmen für die weitere Digitalisierung der Verwaltung und setzt gleichermaßen zentrale Standards für möglichst einfache und vollständige digitale Verfahren. Damit kommt es zu mehr Einheitlichkeit und einem breiten Onlineangebot an Verwaltungsleistungen. Die Ende-zu-Ende-Digitalisierung soll zur Regel werden. Zudem wird die Digitalisierung der Verwaltung als Daueraufgabe für Bund, Länder und Kommunen verankert.

Online-Dienste für den einheitlichen Vollzug von Bundes- und Landesvorschriften (z.B. im Kfz-Wesen) werden auch weiterhin nur im geringen Maße in Bremerhaven entwickelt. Die nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA-Prinzip) entstehenden Online-Dienste sind aus verschiedenen Gründen in den letzten Monaten mehr und mehr ins Stocken geraten. Diese Entwicklung entzieht sich dem Wirkungskreis der Stadtverwaltung Bremerhaven. Aus diesem Grund lag der Fokus der Arbeit des Digitalisierungsbüros zuletzt auf Kommunalleistungen, für die es in absehbarer Zukunft keine bundes- oder landeseinheitlichen Lösungen geben wird.

Dienstleistungsbeschreibungen

Das neue Verfahren zur Pflege der Dienstleistungsbeschreibungen in Zusammenarbeit mit der Landesredaktion bei Performa Nord (LRHB), welche Hilfestellung und Qualitätskontrolle anbietet, hat sich etabliert. Deswegen, und auch weil das Thema für die Fachbereiche vermehrt an Bedeutung gewinnt, ist im Vergleich zum vorherigen Bericht ein Anstieg von 56 weiteren Dienstleistungsbeschreibungen, **auf 357 insgesamt** (Stand: 01.08.2024) zu verzeichnen. Weitere Dienstleistungsbeschreibungen befinden sich bereits in Arbeit oder Überarbeitung.

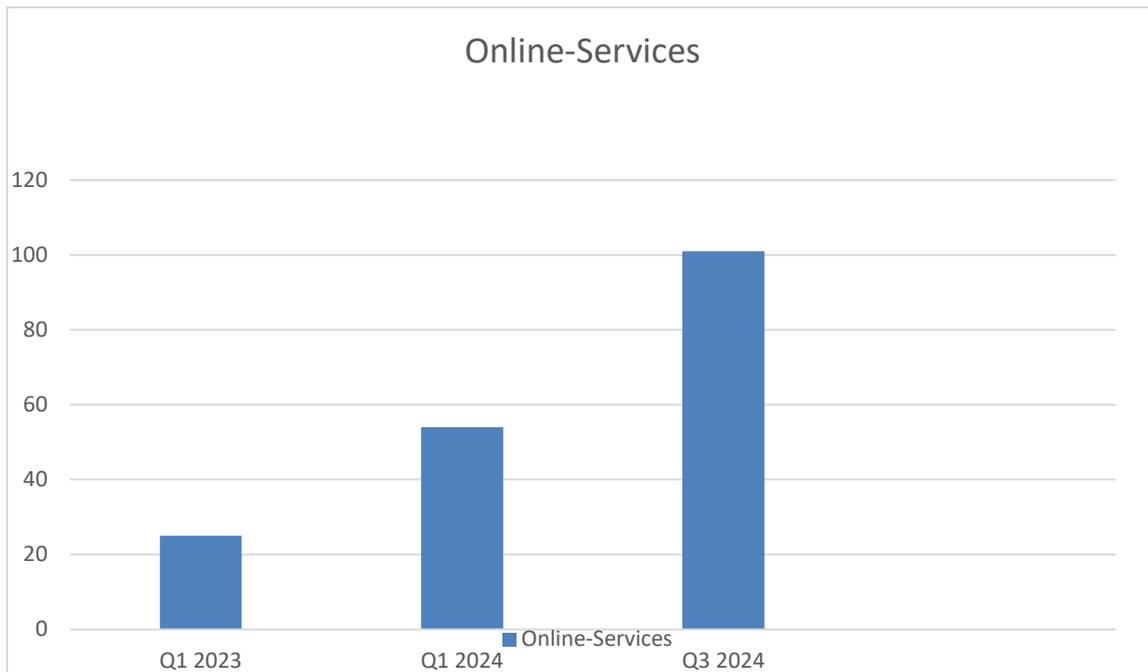


Verfügbare Online-Services

Auf der bremerhaven.de sind derzeit **101 Online-Services** (Stand 01.08.2024) zu finden, nahezu eine Verdopplung der verfügbaren Online-Services im Vergleich zum vorherigen Bericht im Februar 2024.

Als Online-Service wird ein Formular verstanden, welches den Bürger:innen erlaubt, online eine (städtische) Dienstleistung zu beziehen bzw. den Prozess hierzu zu starten oder gewisse Verfahrensschritte eines Verfahrens online zu bearbeiten. Neben überwiegend eigenen Verwaltungsleistungen der Stadt Bremerhaven werden im Bürgerservice Dienste anderer Stellen bereitgestellt, die zum Zwecke der Bürger:innenfreundlichkeit mit einer Verlinkung eingebunden sind. Beispielsweise wird die OZG-Leistung „Handwerksgründung“ ausschließlich von der Handwerkskammer Bremen angeboten, die auch im Hoheitsgebiet der Stadt Bremerhaven Wirkung erzielt. Ohne eine entsprechende Verlinkung wäre diese Verwaltungsleistung auf dem Stadtportal nicht auffindbar.

Alle aktuell angebotenen Online-Services sind in der Tabelle 1 im Anhang aufgeführt.



In Umsetzung befindliche Online-Services

In Zusammenarbeit zwischen dem jeweiligen Fachbereich und dem Digitalisierungsbüro werden derzeit 60 weitere Online-Services umgesetzt. Die genaue Projektübersicht kann der Tabelle 2 im Anhang entnommen werden. Der leichte Rücklauf in der Anzahl der sich in Arbeit befindlichen Online-Services hängt mit der großen Menge fertiggestellter Dienste zusammen. Aufgeführt und gezählt sind hier nur neue Online-Services, Anpassungsarbeiten oder Veränderungen an bestehenden Online-Services, z.B. aufgrund von Änderung der Rechtslage, werden nicht aufgeführt.

Die einzelnen Verwaltungsleistungen werden auf verschiedenen Wegen digitalisiert. Dies teilt sich in drei Kategorien: Nachnutzung von EfA-Leistungen (Einer-für-Alle), Umsetzung über das eigene Formularmanagement (Form Solutions) sowie Nachnutzung von Formularen aus dem bremischen Formularmanagement (Antrags- und Fallmanagement). Ebenso kommen Erweiterungen von Fachsoftwares in Betracht, die eigenständige Online-Services anbieten.

Weitere Projekte werden teilweise eigenständig durch die Fachbereiche betreut. Beispielsweise setzt der Schulbereich in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Kinder und Bildung perspektivisch verschiedene Formulare - derzeit die Anmeldung an eine Berufsschule - um. Das Digitalisierungsbüro wird über die weiteren Entwicklungen in Kenntnis gesetzt und steht bei Bedarf für weitere Hilfen zur Verfügung. Ebenso setzt das Amt für Jugend, Familie und Frauen derzeit die vom Land Bremen im Rahmen von EfA entwickelten Dienste aus dem Themenfeld Familie & Kind um.

Form-Solutions-Offensive

Wie bereits im Vorwort dargelegt, lag der Fokus der Arbeit des Digitalisierungsbüros zuletzt auf Kommunalleistungen, für die es in absehbarer Zukunft keine bundes- oder landeseinheitlichen Lösungen geben wird. Diese Kommunalleistungen gehören nach dem bundeseinheitlichen

Leistungskatalog (Leika) zu den Typ-5-Leistungen, bei denen Legislative und Exekutive in der Hand des Magistrats liegen.

Bereits fertige Dienstleistungsbeschreibungen wurden nach bekannten Typ-5-Leistungen durchsucht und in Abstimmung mit den betroffenen Fachämtern über das eigene Formularmanagementsystem „Form Solution“ digitalisiert. So konnten in kürzester Zeit diverse analoge Verwaltungsleistungen in digitale Online-Dienste verwandelt werden. Der Nutzen ist sowohl für Bürger:innen als auch für die Verwaltung teilweise groß, da zu diesen Kommunalleistungen neben Dienstleistungen mit geringen Fallzahlen (z.B. Ungeziefer melden) auch Leistungen mit hohen Fallzahlen (z.B. Meldebescheinigungen beantragen) zählen.

Die kurzen Zeiten bis zur Produktivsetzung neuer Online-Dienste ist als besonderer Erfolg zu werten, da er an der Erstellung beteiligte Personen der Fachämter nur gering belastet und im Folgenden alle betroffenen Sachbearbeitungen stark entlastet.

Leuchtturmprojekt „Umweltschutzamt“

Das im ersten Bericht zum Stand der Umsetzung erwähnte Leuchtturmprojekt „Umweltschutzamt“ konnte zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen werden. Alle nennenswerten Verwaltungsleistungen des Amtes wurden identifiziert, beschrieben und im überwiegenden Falle über Form Solutions in digitale Online-Dienste transformiert. Zeitgleich wurde im Amt flächendeckend das Dokumentenmanagementsystem enaio eingeführt. Damit wird eine ganzheitliche Digitalisierung erreicht, in der neben der eigentlichen Antragsstrecke gleichermaßen eine Antragsbearbeitung durchgeführt werden kann. Ein physischer Besuch des Umweltschutzamtes ist damit bereits heute in weiten Teilen entbehrlich.

Über dieses Leuchtturmprojekt wurde im Beschäftigtenmagazin der Stadtverwaltung mit dem Ziel einer Nachahmung durch andere Organisationseinheiten positiv berichtet. Gesammelte Erfahrungen werden im Kolleg:innenkreis geteilt und vermutete Hemmschwellen abgebaut. Damit ist das Projekt geeignet, den digitalen Transformationsprozess auch in die Breite der Stadtverwaltung zu befördern.

Chatbot „Hein Mück“

Der seit dem letzten OZG-Umsetzungsbericht auf der bremerhaven.de eingeführte Chatbot „Hein Mück“ beantwortet alle Fragen der Bürger:innen mittels künstlicher Intelligenz (KI). Die eingesetzte KI durchsucht dabei ausschließlich Informationen, die auf der bremerhaven.de und damit auch im Bürgerservice hinterlegt sind. Die gefundenen Informationen werden durch die KI so aufbereitet, dass sie von den fragstellenden Personen gut verstanden werden können. Ebenso werden Verknüpfungen zu den eigentlichen Dienstleistungsbeschreibungen und/ oder Online-Diensten angeboten.

Eine für Bürgerinnen und Bürger als aufwendig empfundene Suche ist nicht länger notwendig und baut eine erste Barriere bei der Kontaktaufnahme mit den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung ab. Gleichermäßen stellen eingeschränkte Öffnungszeiten kein Hindernis mehr dar. Darüber hinaus „spricht“ der Chatbot knapp 100 verschiedene Sprachen und trägt damit zu einem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit bei.

Strukturaufbau mit Bremen

Nach der vom Magistrat beschlossenen OZG-Umsetzungsstrategie sollen aus verwaltungsökonomischen Gründen bei der Einführung von Online-Diensten vorrangig EfA-Lösungen bzw. Weiterentwicklungen bestehender Fachsoftware angewandt werden. Nachrangig sollen in Bremen entwickelte AFM-Dienste bzw. in Bremerhaven entwickelte Lösungen über Form Solutions eingesetzt werden. Wie bereits im 1. OZG Bericht beschrieben, wird von der Stadtverwaltung Bremerhaven dafür eine enge Zusammenarbeit mit der Freien Hansestadt Bremen angestrebt. Das Digitalisierungsbüro koordiniert den dazu notwendigen Austausch. Dieser Austausch ist mindestens für den aktuellen Berichtszeitraum als schwierig zu bewerten.

Aus organisatorischer Sicht waren die nach der Bürgerschaftswahl vorgenommenen neuen Ressortzuschnitte der zuständigen senatorischen Dienststellen mindestens teilweise für eine verzögerte Umsetzung von Projekten verantwortlich. Gleichmaßen war die in diesem Zeitraum unklare Finanzierungsfrage von neuen AFM-Diensten hinderlich. Obgleich es seitens des zuständigen Staatsrates eine Finanzierungszusage für die vom IT-Planungsrat identifizierten Boosterleistungen gibt, sind die Modalitäten von Nachnutzungen von übrigen EfA-Leistungen weiterhin unklar.

Aus technischer Sicht ist der Aufbau mit Bremen aufgrund unterschiedlicher IT-Strukturen äußerst ineffizient. Das Land setzt beispielsweise auf Lösungen, die der IT-Dienstleister dataport entwickelt und einsetzt. Sofern Bremerhaven diese Dienste nachnutzt, erfolgt eine Kommunikation über das zuständige Ressort in Bremen. Infolgedessen wurden im Mai/Juni des Jahres bei einer geringen Anzahl von AFM-Diensten, die in Bremerhaven eingesetzt worden sind, der sichere Transportweg von Daten ohne eine vorherige Information an den Betrieb für Informationstechnologie verändert. Die betroffenen Online-Dienste waren für Bremerhaven vorübergehend nicht verfügbar. Durch den besonderen Einsatz des Digitalisierungsbüros konnten die bremischen AFM-Dienste in Form Solution sehr kurzfristig nachgebaut werden und stehen nunmehr wieder vollumfänglich zur Verfügung.

Von Seiten der Magistratskanzlei gab es daher Bestrebungen, einen speziellen Technik-Austausch zu etablieren, damit solche und vergleichbare Probleme bereits im Vorfeld erkannt und gelöst werden können. Dieses Vorhaben dürfte aufgrund unterschiedlichster Zuständigkeiten in Bremen als dauerhafte Lösung eher nicht realisierbar sein.

Dennoch nimmt das Digitalisierungsbüro an regelmäßigen Koordinierungsbesprechungen des Landes Bremen teil, um über aktuelle Entwicklungen informiert zu sein. Die Qualität des Austausches ist stark von den zuständigen Ressorts abhängig.

Interne digitale Infrastruktur zur Umsetzung

Die Stadtkämmerei ist aktuell dabei, die derzeit im Einsatz befindliche E-Payment- Komponente PmPayment durch die Zahlungsverkehrsplattform ePayBI abzulösen. Dieses System wird getragen von 11 Mitgliedsländern und dem Bund. Durch diese trägerfinanzierte Kooperation wird Bremerhaven als Mandant des Bundeslandes Bremen diese Plattform mitnutzen können. Dabei wird es möglich sein, alle Online-Bezahlarten anzubieten und eine Anbindung an die neue Finanzsoftware sicherzustellen.

Neben der bevorstehenden Einführung eines neuen Finanzsystems sieht die Stadtkämmerei vor, daneben auch ein modernes Zuwendungs- bzw. Fördermittelmanagementsystem zentral einzuführen.

Authentifizierung / Nutzerkonto Bund

Wie bereits im 1. OZG Bericht beschrieben, sind Authentifizierungsdienste solche, die gemäß der eIDAS-VO der EU die Identität einer Person digital sicherstellen und damit eine analoge Überprüfung eines amtlichen Lichtbildausweises oder einer Unterschrift ersetzen. Mit der

Novellierung des OZG wird die bereits angekündigte Ablösung der Servicekonten der Länder nunmehr vollzogen. Einzig das Nutzerkonto Bund soll nach einer Übergangszeit von drei Jahren für Authentifizierungsprozesse genutzt werden.

Da sich der Magistrat schon zu Beginn der Umsetzungsphase des OZG für die Nutzung der BundID ausgesprochen hat, hat das Digitalisierungsbüro der Magistratskanzlei bereits vor Monaten mit diesem Projekt begonnen. Die Anbindung der BundID ist aus technischer Sicht abgeschlossen. Es können verschiedene Vertrauensniveaus vor die Online-Dienste, welche mit Form Solution umgesetzt wurden, geschaltet werden. Die BundID bietet drei unterschiedliche Vertrauensniveaus: Basisregistrierung mit Benutzernamen und Passwort sowie substanziell und hoch. Derzeit wird ein Austausch mit allen Organisationseinheiten des Magistrats vorbereitet, um das notwendige Vertrauensniveau bereits bestehender Online-Dienste zu identifizieren. In nachgenutzten Online-Diensten aus EfA-Allianzen sind diese Authentifizierungsprozesse bereits teilweise enthalten.

Das Nutzerkonto Bund enthält darüber hinaus eine Postfachfunktion, welche die sichere, digitale Kommunikation zwischen Antragstellenden und dem Amt ermöglicht. Derzeit arbeitet das Digitalisierungsbüro daran, wie diese Möglichkeit der Kommunikation in den Ämtern etabliert werden kann.

Dokumentenmanagementsystem enaio

Mit dem Dokumentenmanagementsystem enaio wird auch weiterhin die interne Digitalisierung ausgebaut. So werden aktuell die elektronischen Ausländerakten, Gesundheitsakten und Wohngeldakten in den Fachämtern umgesetzt. Dabei ist hervorzuheben, dass sich in der Sachbearbeitung die internen Tätigkeiten verändern werden, da mit diesen Projekten die Ablösung analoger Prozesse einhergeht. So werden beispielsweise alle papierbasierten Dokumente in der elektronischen Fallakte geführt oder digitale Antragsverfahren direkt der elektronischen Fallakte zugeordnet.

Darüber hinaus können zwischenzeitlich durch den Einsatz eines zentralen elektronischen Posteingangs in enaio alle Online-Dienste, die mit Form Solutions umgesetzt sind, medienbruchfrei empfangen werden (siehe Form-Solutions-Offensive). Damit ist in der Stadtverwaltung im zunehmenden Maße ein Verzicht auf Papierakten zu verzeichnen.

Des Weiteren wird im vierten Quartal 2024 ein Pilotprojekt gestartet, mit dem KI-unterstützte Recherche, Ergebnisse und Zusammenfassungen im Dokumentenmanagementsystem enaio möglich sein werden. Dieses Vorhaben wird zunächst federführend von der Magistratskanzlei begleitet.

Aktuell sind etwa 840 Arbeitsplätze am Dokumentenmanagementsystem enaio angeschlossen.

Anhang

Tabelle 1: **Übersicht der verfügbaren Online-Services**

Neue Online-Services im Vergleich zum vorherigen Bericht sind **fettgedruckt**

Der Hinweis „extern“ weist darauf hin, dass es sich um einen Online-Service einer anderen Stelle handelt, welcher aus Gründen der Bürger:innenfreundlichkeit auf der bremerhaven.de eingebunden ist.

Onlineservice	Hinweis
Abfall: Antrag auf Erteilung einer Abfallerzeugernummer in der Stadtgemeinde Bremerhaven	
Altlasten: Grundstücksbezogene Altlastenauskünfte	
Amateurfunk: Anzeige geänderter Daten eines Zulassungsinhabers	extern
Amateurfunkprüfung Zulassung	extern
Anmietung einer Fahrradbox	
Antrag auf Genehmigung eines Osterfeuers / Brauchtumsfeuers / Traditionsfeuers	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Klimastadtbüros	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ für 2024	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ für 2024 im Bezirk Nord und Süd	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln zur „Förderung der Biodiversität und der heimischen Imkerei in der Stadt Bremerhaven	
An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbes	
Artenschutz: Tierbestandsmeldung und Meldepflicht für besonders geschützte Arten in Haustierhaltung	
Artenschutz: Vermarktungsgenehmigung (EG-Bescheinigung)	
Aufnahme der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit anzeigen	
Auskunft Gewerbezentralregister	
Auskunft nach §30 Nationales-Waffenregister-Gesetz (NWRG)	extern
Baugenehmigung: Antrag auf Genehmigung von Freisitzen vor Gaststättenbetrieben nach § 64 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 BremLBO	
Baumfällung: Antrag für Fäll-/Schnittmaßnahmen und/oder Befreiung vom Sommerfällverbot	extern
Befreiung von der Nachweis- und Registerpflicht für Abfallwirtschaftsbeteiligte beantragen	
Bekanntmachungsservice öffentliche Hand	extern
Überfahrt: Antrag auf Erlaubnis und Herstellung einer Überfahrt	
Bestattung auf dem Heimtierfriedhof anmelden beziehungsweise verlängern	
Bewässerung: Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis zur Errichtung eines Brunnens zur Gartenbewässerung im Wasserschutzgebiet	
Bürgergeld: Anträge und weitere Anliegen	extern
Bußgeld: Online-Anhörung der Bußgeldstelle	

Datenabfrage Kritische Infrastruktur (KRITIS)	
Digitale Geodaten herunterladen	
Ehrenamtskarte beantragen	extern
Einwohnerfragestunde	
Einzugsermächtigung Stadttheater	
Elterngeld: Antrag auf Elterngeld – für Geburten ab 1.04.2024 bald verfügbar (Informationen)	
Elterngeld: Antrag auf Elterngeld – nur für Geburten bis 31.03.2024	
Entsorgungsnachweis Bestätigung	
Entsorgungsnachweis im privilegierten Verfahren	
Erlaubnis für die Aufnahme der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit beantragen	
Führungszeugnis beantragen	
Flurstückverschmelzung beantragen	
Flurstückzerlegung beantragen	
Fundsachen online	
Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen beantragen	
Geodaten und Karten bestellen	Ersetzt durch „Digitale Geodaten herunterladen“
Gesundheitszeugnis: Online-Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz	
Gewerbedaten abfragen	
Gewerbezentralregister: Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	
Grenzfeststellung und Abmarkung beantragen	
Grünflächen: Antrag auf Sondernutzung einer öffentlichen Grünfläche	
Handwerk: Eintragung in die Handwerksrolle	extern
Hunde: Abmeldung eines Hundes	
Hunde: Anmeldung eines Hundes	
Ideen- und Beschwerde Formular	
Jugendkunstschule: Anmeldung zum Unterricht	
Jugendmusikschule: Anmeldung zum Musikunterricht	
Kindergeld: Antrag ab Geburt	
Kindergeld: Antrag für Kinder bei Eintritt der Volljährigkeit	
Kindertageseinrichtung: Anmeldung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung	
Kinderwunschkförderung	extern
Kinderzuschlag beantragen	extern
Lieferantencockpit für Unternehmen (XBestellung)	extern
Liegenschaftskataster: Bestellformular	
Liegenschaftskataster online	
Masern: Meldung an das zuständige Gesundheitsamt über die Nichterfüllung der Masern-Nachweispflicht gem. § 20 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	
Meldebescheinigung beantragen	
Müllabfuhrkalender	
Änderungen mitteilen, die wichtig sind für den Bezug von Unterhaltsvorschuss	
Nutzungsrecht für eine Grabstätte übertragen	

Online Ausleihe (E-Ausleihe) der Stadtbibliothek	
Online-Katalog der Stadtbibliothek	
Pass oder Personalausweis: Bearbeitungsstatus	
Petitionen - Bitten und Beschwerden	
Ungeziefer: Meldung eines Ungezieferbefalls (ehemals „Rattenbefall“)	
Rücknahme einer Grabstätte beantragen	
Rundfunkbeitrag anmelden	extern
Sammelentsorgungsnachweis Bestätigung	
Sammelentsorgungsnachweis im privilegierten Verfahren übermitteln	
Schadenmelder	
Sperrmüll anmelden	
Sporthallen (Hallenbelegung Online)	
Stockangelschein beantragen	
Termin vereinbaren (Bürgerbüros)	
Störung der Straßenbeleuchtung melden	
Teilnahme am Amateurfunkdienst unter gleichzeitiger Zuteilung eines personengebundenen Rufzeichens	extern
Tickets: Online-Buchung für das Stadttheater	
Unterhaltsvorschuss: Antrag auf Unterhaltsleistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	
Urkundenstelle: Anforderung von Personenstandsurkunden	
Vergabe: Präqualifizierungsvorgang für Unternehmen	extern
Verlängerung des Nutzungsrechts einer Grabstätte beantragen	
Verlustmeldung eines Ausweisdokuments	
Versammlungen und Aufzüge anmelden	
Wahl- bzw. Abstimmungsschein beantragen	
Wahlhelfer:in: Anmeldung als Wahlhelfer:in für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024	
Waldfläche: Antrag auf Genehmigung zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart	
Widerspruch gegen Datenübermittlungen nach dem BMG	
Wohngeld: Lastenzuschuss Erstantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Erhöhungsantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Erstantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Änderungsmitteilung	
Wohngeld: Mietzuschuss Weiterleistungsantrag	
Wohnsitz anmelden	
Wunschkennzeichen reservieren	
Zusendung der steuerlichen Identifikationsnummer	

Tabelle 2: Übersicht der laufenden Projekte

Projekt	Thema
Amt 20 - Stadtkämmerei	Zuwendungsdatenbank - Zebra
Amt 20 - Stadtkämmerei	Förderfinder
Amt 22 - Steueramt	Hundesteuer: Ersatzmarke beantragen
Amt 22 - Steueramt	Beantragung einer Ermäßigung/Befreiung von der Hundesteuer
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Eheschließung
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Geburt
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Namensbestimmung
Amt 34 - Standesamt	Anzeige eines Todesfalls
Amt 41 - Kulturamt	Zuwendungsantrag Cash for Culture
Amt 41 - Kulturamt	Zuwendungsantrag kulturelle Bildung
Amt 41 - Kulturamt	Zuwendungsantrag Kulturtopf
Amt 41 - Kulturamt	Zuwendungsantrag Kulturförderung
Amt 50 - Sozialamt	Gesundheitsleistungen
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zur Pflege
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
Amt 50 - Sozialamt	Übernahme von Bestattungskosten
Amt 50 - Sozialamt	Blindenhilfen
Amt 50 - Sozialamt	Leistungen der Eingliederungshilfe
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zum Lebensunterhalt
Amt 50 - Sozialamt	Bedarf für Bildung und Teilhabe
Amt 50 - Sozialamt	Übernahme von Mietrückständen
Amt 50 - Sozialamt	Gesundheitsleistungen für Leistungsempfänger nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Amt 50 - Sozialamt	Leistungen nach AsylbLG
Amt 50 - Sozialamt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Amt 51 - Amt für Jugend, Familie und Frauen	Leistungen des Gesundheitspakets und der Sozialplattform
Amt 51 - Amt für Jugend, Familie und Frauen	Erlaubnis zur Ausübung der Kindertagespflege
Amt 51 - Amt für Jugend, Familie und Frauen	Meldung einer Kindeswohlgefährdung
Amt 52 - Amt für Sport und Freizeit	Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für eine sportförderungswürdige Maßnahme
Amt 57 - Amt für Menschen mit Behinderungen	Hilfe und Förderung für Menschen mit Behinderungen an Arbeitgeber
Amt 57 - Amt für Menschen mit Behinderungen	Leistungen aus der Ausgleichsabgabe an berufstätige und selbstständige schwerbehinderte Personen
Amt 57 - Amt für Menschen mit Behinderungen	Anmeldung Behindertensportfest
Amt 58 - Umweltschutzamt	Zuwendungen - Förderung der heimischen Imkerei
Amt 58 - Umweltschutzamt	Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Benutzung eines Gewässers
Amt 62 - Vermessungs- und Katasteramt	Mietenabfrage
Amt 62 - Vermessungs- und Katasteramt	Kaufpreisabfrage
Amt 62 - Vermessungs- und Katasteramt	Gebäude einmessen
Amt 63 - Bauordnungsamt	Digitale Baugenehmigung

Amt 66 - Amt für Straßen- und Brückenbau	Trassengenehmigung / Breitbandausbau
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Waffenrechtliche Erlaubnisse (eWaffe)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Elektronischer Aufenthaltstitel (eAT)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Fischereischeine
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Führerschein
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Amt 91/3 Straßenverkehrsabteilung - Anbindung FS Assistenten an Fachverfahren ALVA9
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Geldwäsche
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Steuerliche Abmeldung/Infrastrukturdienst Gewerbefinanz
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	iKFZ
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Online-Sicherheitsprüfung (OSIP)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Einbürgerung
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Verpflichtungserklärung
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Melderegisterauskunft
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Stockangelschein
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Jägerprüfung und Jagdschein
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Personalausweis
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Haushaltsbescheinigung zur Vorlage bei der FamKa
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Verlustmeldung Personalausweis
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Hafenerlaubnisschein
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Wohnsitzabmeldung (vorm. Abmeldung ins Ausland)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	gewerbliche Melderegisterauskunft (FS)
Magistratskanzlei	Zuwendungen Stadtteilkonferenzen
Querschnittsleistungen	Widerspruch

Vorlage Nr. 29/2024 - 1		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 1,277 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für die Schulsozialarbeit an gymnasialen Oberstufen

A Problem

Für die Durchführung der sozialpädagogischen Betreuung der Schüler:innen an Bremerhavener Schulen stehen im Stellenplan 2024 insgesamt 53,5 Stellen für Sozialpädagog:innen zur Verfügung. Neben den Schwerpunkten „Ganztagsschule“ (7 VZÄ), Berufliche Bildung (7 VZÄ) und „Geflüchtete“ (3 VZÄ) sind insgesamt 36,5 Stellen der sozialpädagogischen Arbeit im Bereich der allgemeinen Schulsozialarbeit zugeordnet. Diese Stellen werden unter Berücksichtigung der Sozialstufen und der Schulform im Verhältnis der Schüler:innenzahl auf die Grund- und Oberschulen (inkl. Lloydgymnasium (Sek I)) verteilt. Die Finanzierung der Personalgruppe erfolgt gemäß Finanzausweisungsgesetz über die Ausgabenerstattung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land.

Um die sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler in diesem schulischen Bereich aufzubauen, werden die gymnasialen Oberstufen aufgefordert, ein pädagogisches Konzept zu erstellen, um die schulspezifischen Bedarfe aufzuzeigen und einen bedarfsgerechten und ggf. schulübergreifenden Einsatz der zusätzlichen Fachkräfte strukturell zu gestalten.

Um perspektivisch die Schulsozialarbeit an den gymnasialen Oberstufen zu etablieren, sind die Bedarfe im Rahmen einer Zuweisungsrichtlinie für das nichtunterrichtende pädagogische Personal einzubringen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 1,277 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe S 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Sozialpädagog:innen für die Schulsozialarbeit an gymnasialen Oberstufen.

Zum nächstmöglichen Stellenplan beabsichtigt das Schulamt, einen entsprechenden Stellenplanantrag zu stellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Eine Besetzung der anerkannten Bedarfe in 2024 ist nicht realistisch. Auf der Grundlage der

Personalhauptkosten 2025 entstehen ab 2025 für 1,277 VZÄ zusätzliche Personalkosten in Höhe von 99.980 € brutto/Jahr.

Die zusätzlichen Kosten sind bis zum Erreichen einer Landesfinanzierung aus dem Budget des Schulamtes bzw. innerhalb des Ausschussbereiches zu finanzieren.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen oder besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen werden im Rahmen des zu erstellenden pädagogischen Konzeptes berücksichtigt und durch die Beteiligung der Schüler:innenvertretung und/oder des Stadtschüler:innenrings sichergestellt und dokumentiert.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat in der Sitzung am 12.09.2024 (Vorlage Nr. IV – S 32/2024) der Anerkennung der unbefristeten üpl. Bedarfe zugestimmt.

Bei Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe werden die Mitbestimmungsgremien beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 1,277 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe S 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Sozialpädagog:innen für die Schulsozialarbeit an gymnasialen Oberstufen.

Neuhoff
Bürgermeister

Vorlage Nr. 30/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung eines 0,6 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Kinderpfleger:innen für den Bereich Wahrnehmung und Entwicklung an Schulen

A Problem

Schüler:innen mit einem anerkannten sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung (W+E) werden gemäß § 35 Absatz 1 Satz 1 Bremisches Schulgesetz an Bremerhavener Schulen an ausgewählten W+E-Standorten inklusiv beschult. Eine Beschulung erfolgt mit jeweils 5 Kindern mit anerkanntem Förderbedarf und 17 Regelschüler:innen pro Klassenverband.

Für die pflegerische Betreuung stehen dem Schulamt aktuell 17,5 Stellen für die Beschäftigung von Kinderpfleger:innen zur Verfügung. Mit Schuljahresbeginn reicht diese Anzahl an Stellen nicht aus, um den gestiegenen Personalbedarf im Schuljahr 2024/25 decken zu können.

Gründe für den erhöhten Personalbedarf sind:

- Für den Einschulungsjahrgang 2024/25 wurde nach Durchführung der Begutachtung für 35 Schüler:innen ein sonderpädagogischer Förderbedarf beschieden. Aktuelle Prognosen folgend könnte sich der Anteil der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Primar- und Sekundarbereich I langfristig bei durchschnittlich 2%-2,2% der Gesamtschüler:innenschaft bewegen.
- Um alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zum Schuljahr 2024/25 inklusiv beschulen zu können, mussten im Einschulungsjahrgang zwei zusätzliche Klassenverbände mit W+E-Förderung eingerichtet werden. Dies erfolgte an der Neuen Grundschule Lehe und an der Allmersschule.
- Die Allmersschule wurde daher zum Schuljahr 2024/25 als zusätzlicher W+E-Standort eingerichtet und wird hochwachsend in jedem Schuljahr einen weiteren Klassenverband mit W+E-Schüler:innen bekommen.
- Die Schule am Ernst-Reuter-Platz ist als gebundene Ganztagschule seit dem Schuljahr 2023/24 ein hochwachsender W+E-Standort und erhielt zum Schuljahr 2024/2025 einen weiteren Klassenverband für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.
- Die Anzahl der Klassenverbände mit W+E-Förderung erhöht sich zum Schuljahr 2024/25 somit insgesamt von 45 auf 48.

Die inklusive Beschulung und die pflegerische Betreuung der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Stellen für Kinderpfleger:innen nicht mehr sicherzustellen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur, die Anerkennung eines 0,6 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Kinderpfleger:innen für die Sicherstellung der inklusiven Beschulung und die pflegerische Betreuung der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Zum nächstmöglichen Stellenplan wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2024 bzw. 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

In 2024 entstehen Personalkosten in Höhe von rund 2.800,00 € brutto/Monat, so dass im Falle einer Besetzung ab 01.10.2024 maximal Kosten in Höhe von ca. 8.500,00 € brutto entstehen. Diese Kosten können durch Einsparungen aufgrund langfristiger Erkrankungen und befristeter Stundenreduzierungen finanziert werden.

Ab 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 33.940 € brutto/Jahr.

Die Finanzierung erfolgt gem. § 8 Finanzausweisungsgesetz im Rahmen der Ausgabenerstattung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land. Der im Haushaltsaufstellungsverfahren auf Landesebene fortgeschriebene Ansatz deckt die zu erwartenden Ausgaben in 2025 noch nicht vollständig. Die Mehrausgaben werden beim Land eingefordert.

Der kommunale Haushalt wird durch den üpl. Bedarf demnach nicht belastet.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen oder besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

Auswirkungen für Menschen mit Behinderung liegen vor, weil durch das zusätzliche Personal die ganztägige Betreuung von Schüler:innen mit Wahrnehmungs- und Entwicklungsstörungen ermöglicht wird.

Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden bei der Prüfung und Berechnung der Personalbedarfe berücksichtigt. Eine Beteiligung ist im Rahmen des hier vorliegenden Sachverhalts nicht angezeigt.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in der Sitzung am 12.09.2024 mit einer Vorlage begrüßt (Vorlage Nr. IV – S 30/2024).

Bei Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe werden die Mitbestimmungsgremien beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur, die Anerkennung eines 0,6 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Kinderpfleger:innen für die Sicherstellung der inklusiven Beschulung und die pflegerische Betreuung der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 31/2024 - 1		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 4,87 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen Lehrmeister:innen für das Schulamt

A Problem

Mit Vorlage IV - S 36/2019 hat die Koalition im Ausschuss für Schule und Kultur beschlossen, Praxislehrer:innen in Mangelfächern in der gymnasialen Oberstufe zuzulassen. Das entsprechende Konzept dafür legte das Dezernat IV dem Ausschuss für Schule und Kultur mit Vorlage Nr. IV - S 34/2021 am 21.07.2021 vor. Seitdem ist es möglich, an den gymnasialen Oberstufen in Bremerhaven auch Personen zu beschäftigen, die in Teilzeit und ohne Lehramtsstudium eine fachliche Qualifikation in definierten Mangelfächern aufweisen.

Mit dem Antrag an den Ausschuss für Schule und Kultur am 20.09.2023 soll eine bezüglich der anhaltenden schwierigen Personallage weitere Möglichkeit für den Einsatz von Fachkräften in Schule geschaffen werden. Es wird die Entwicklung eines Konzeptes für die Ausweitung des Einsatzes von Fachkräften aus der Berufspraxis für alle Schulformen gefordert, um insbesondere im handwerklichen und künstlerisch/musischen Bereich, Schüler:innen lebens- und berufspraktische Fähigkeiten zu vermitteln. Hier soll es insbesondere um die Berufsgruppe der Lehrmeister:innen gehen.

Da nicht an allen Schulen eine eigene Stelle geschaffen werden kann, braucht es für die Überprüfung ausgewählte Standorte, die sich um den Einsatz bewerben können. Hierfür wird eine entsprechende Interessensbekundung, aus der die Bewertungsmerkmale wie bspw. Unterdeckung und Fachbedarf hervorgehen, durch die Abteilungen 2 und 3 des Schulamtes ausgeschrieben.

Bei dem Einsatz der Lehrmeister:innen geht es analog dem Sekundarbereich II b um Unterweisung, orientiert an den Anforderungen des Unterrichts in der Oberschule. Der fachpraktische Einsatz soll z. B. im Fach Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT) durch die Lehrmeister:innen im Rahmen einer Unterweisung übernommen werden. Es entsteht hierdurch eine Verknüpfung der praktischen Anleitung durch eine Lehrmeister:innentätigkeit und des Unterrichts der Lehrkraft.

Weiterhin können die Lehrmeister:innen der Oberschulen die Begleitung der Werkstatttage an den Berufsbildenden Schulen übernehmen, um eine engere Verzahnung von Theorie und Praxis zu ermöglichen. Die bisher eingesetzten Lehrkräfte stehen in der Zeit für anderen Unterricht zur Verfügung.

Der Einsatz der Lehrmeister:innen an den Oberschulen wird die Berufsorientierung (BO) an

den Oberschulen stärken, da die Schüler:innen in der Kombination aus praktischer Unterweisung und Unterricht besser auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern werden.

Der Fachbereich WAT und die Kontaktlehrkraft für Berufsorientierung unterstützen die Lehrmeister:innen bei der Einarbeitung in das schuleigene Curriculum WAT und das Konzept zur Beruflichen Orientierung. Der Zugewinn des Einsatzes der Lehrmeister:innen fließt in die Weiterentwicklung des BO-Konzepts ein.

Das Schulamt wird in Zusammenarbeit mit den Oberschulen, unter Einbindung der Jugendberufsagentur, das BO Konzept prüfen, um Erkenntnisse aus dem Einsatz der Lehrmeister:innen zu erhalten und daraus folgend Handlungsempfehlungen zu geben, wie und ob der dauerhafte Einsatz der Lehrmeister:innen an allen Schulen der Sekundarstufe I etabliert werden kann.

Die Schulen dokumentieren ihre Erfahrungen im Hinblick auf den Einsatz der Lehrmeister:innen, ihre inhaltliche Arbeit sowie die Auswirkungen auf den Unterricht und den Stundenplan. Diese Erkenntnisse bilden den Rahmen einer Evaluation zur Beurteilung, wie das Konzept erfolgreich umgesetzt werden kann und flächendeckend eingeführt werden soll.

Der dauerhafte Einsatz der Lehrmeister:innen an den Oberschulen soll langfristig eine Überführung der Stellen in den Deckungskreis der umgewidmeten Personalkosten aus nicht besetzten Lehrkräftestellen sicherstellen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt 4,87 unbefristete überplanmäßig anerkannte Bedarfe Lehrmeister:innen (Entgeltgruppe 9a TV-L) für das Schulamt.

Zum nächstmöglichen Haushalt beabsichtigt das Schulamt, einen entsprechenden Stellenplanantrag zu stellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Eine Besetzung der anerkannten Bedarfe in 2024 ist nicht realistisch. Auf der Grundlage der Personalthauptkosten 2025 entstehen ab dem Jahr 2025 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 299.990 € brutto/Jahr.

Die Kosten sind bis zum Erreichen einer Landesfinanzierung aus dem Budget des Schulamtes bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor. Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden berücksichtigt.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat in seiner Sitzung am 12.09.2024 (Vorlage Nr. IV – S 39/2024) die unbefristete Einrichtung der üpl. Bedarfe zugestimmt.

Zu gegebener Zeit sind im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt 4,87 unbefristete überplanmäßig anerkannte Bedarfe Lehrmeister:innen (Entgeltgruppe 9a TV-L, Bewertung wie bereits vorhandene Stellen) für das Schulamt.

Neuhoff
Bürgermeister

Vorlage Nr. 32/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 1,03 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen Geschäftszimmerangestellte an Schulen

A Problem

Aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur vom 24.11.2022 wurde zum 01.08.2023 die Neue Grundschule Geestemünde als Ganztagschule gegründet. Durch die aufwachsenden Klassenverbände und den Umzug in die Mobilbauten ist eine reguläre Besetzung des Geschäftszimmers in Höhe von 1,03 VZÄ erforderlich. Bisher konnte das benötigte Stellenvolumen durch den dauerhaften Zugriff auf die generelle Vertretungsreserve gesichert werden, wodurch andere unbesetzte oder durch Langzeiterkrankungen nicht besetzte Geschäftszimmer eingeschränkt werden. Die beantragten 1,03 überplanmäßigen Bedarfe berechnen sich aufgrund des Ganztagschulbetriebs (40 Wochenstunden), die Schulsozialstufe 4 und das Aufwachsen der Schüler:innenzahlen. Die anteiligen bisher genutzten Springstunden werden in den Bereich der Geschäftszimmerangestellten in Schule zurück überführt und stehen der Vertretungsreserve wieder zur Verfügung.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur, die Anerkennung von 1,03 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Geschäftszimmerangestellte an Schulen.

Zum nächstmöglichen Stellenplan wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalkosten 2024 bzw. 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Bei einer Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe ab 01.11.2024 entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 10.000 € brutto.

Ab 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 58.840 € brutto/Jahr.

Drittmittel stehen zur Finanzierung der Kosten nicht zur Verfügung, diese sind vielmehr vollständig aus dem Budget des Schulamtes bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren und belasten daher den kommunalen Haushalt wie dargestellt.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie einer örtlichen Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 12.09.2024 mit einer Vorlage begrüßt.

Bei Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe werden die Mitbestimmungsgremien beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur, die Anerkennung von 1,03 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Geschäftszimmerangestellte an Schulen.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 33/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Verlängerung eines 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes Projektleitung Hafentunnel

A Problem

Die für den Ausbau der Cherbourger Straße / Hafenanbindung „Hafentunnel“ seinerzeit geschaffene Funktion eines Projektverantwortlichen im Amt für Straßen- und Brückenbau wurde zuletzt befristet bis zum 31.12.2024 überplanmäßig anerkannt. Mit der Fertigstellung des Hafentunnels ist die Aufgabe des Projektverantwortlichen nicht abgeschlossen, vielmehr sind noch die Verwendungsnachweise fertigzustellen sowie der Planfeststellungsbeschluss vollständig umzusetzen. Hinzu kommen kommunale Aufgaben, die mit der Inbetriebnahme des Hafentunnels einhergehen. Es ist daher erforderlich, den bestehenden überplanmäßig anerkannten Bedarf weiter zu bewilligen.

Die Stelle wurde bisher vollumfänglich aus den Planungsmitteln für den Hafentunnel und somit aus Landesmitteln refinanziert. Da die Projektverantwortung bis zur Fertigstellung der Verwendungsnachweise und der vollständigen Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses bis voraussichtlich Mitte 2027 wahrzunehmen ist, werden die anteiligen (75%) Personalkosten weiterhin aus den Planungsmitteln für die Hafenanbindung aus Landesmitteln finanziert. Der fortzuschreibende Maßnahmen- und Finanzierungsplan wird in dem Kontext eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel bis voraussichtlich Mitte 2027 enthalten.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Maßnahmen- und Finanzierungsplans durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Verlängerung des 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes (Entgeltgruppe 14 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) der Projektleitung Hafentunnel bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2026.

Zum Haushalt 2026 beabsichtigt das Amt für Straßen- und Brückenbau, einen entsprechenden Stellenplanantrag zu stellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalthauptkosten 2025 entstehen für 1,0 VZÄ (Entgeltgruppe 14 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) Personalkosten in Höhe von 111.626 € brutto/Jahr.

Die Personalkosten werden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, anteilig (75%) in Höhe von ca. 83.720,00 € brutto/Jahr aus Landesmitteln finanziert. Die restlichen Kosten in Höhe von ca. 27.900,00 € brutto/Jahr sind aus dem Budget des Amtes für Straßen- und Brückenbau bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren, so dass der kommunale Haushalt in dieser Höhe belastet wird.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung, besonderen Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtlichen Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Bau- und Umweltausschuss hat der Verlängerung des üpl. Bedarfs in seiner Sitzung am 05.09.2024 (Vorlage Nr. VI 57/2024) zugestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Finanzierungszusage der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Verlängerung des 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfs (Entgeltgruppe 14 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) der Projektleitung Hafentunnel bis zur Rechtskraft des Haushalts 2026.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 34/2024		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht zum Projekt "Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt

A Problem

In seiner Sitzung am 18.06.2024 hat der Personal- und Organisationsausschuss auf der Grundlage der Vorlage Nr. 23/2024 der Bewilligung von 3,5 überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt zur Umsetzung des Projektes „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ unter dem Vorbehalt der Drittmittelfinanzierung aus dem Bundesprogramm EhAP-Plus sowie der abschließenden Klärung der zwischen dem Personalamt und dem Sozialamt noch offenen organisatorischen Fragestellungen zugestimmt.

Das Personalamt wurde gebeten, den Personal- und Organisationsausschuss in seiner nächsten Sitzung über den Sachstand bezüglich der Bewilligung der Fördermittel sowie der Details zu den überplanmäßigen Bedarfen (organisatorische Anbindung, Qualifikation) mittels Vorlage zu informieren.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Interessenbekundung seitens des Sozialamtes für das EhAP-Plus-Programm zum Projekt „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ nicht zugelassen wurde. Der Beschluss vom 18.06.2024 ist damit gegenstandslos.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Keine.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Interessenbekundung seitens des Sozialamtes für das EhAP-Plus-Programm zum Projekt „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ nicht zugelassen wurde. Der Beschluss vom 18.06.2024 ist damit gegenstandslos.

Melf Grantz
Oberbürgermeister